

47/2023

Warnung vor betrügerischen E-Mails im Namen des Bundesministeriums der Finanzen

Derzeit versenden Betrüger im Namen des Bundesministeriums der Finanzen E-Mails, in denen zu einer Zahlung binnen 48 Stunden aufgefordert wird.

Dazu sollen die Empfängerinnen und Empfänger aufgrund einer angeblichen Steuerhinterziehung, zu der bereits Klageverfahren bestünden, einen hohen sechsstelligen Betrag zahlen. Ansonsten drohe Haft oder eine Geldstrafe in Höhe von 500.000 €.

Das als PDF-Datei angefügte Schreiben enthält das Logo des Bundesfinanzministeriums und wird im Namen eines fiktiven „Bundesfinanzinspektionsdienst“ versendet. Das Schreiben beinhaltet folgenden Text:

„Das Bundesministerium der Finanzen durch Frau Liz FRIET, Leiterin des Bundesfinanzkontrolldienstes, zuständig für die Prüfung der Steuererklärungen der Steuerzahler und die Verwaltung der Konten sowie der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand (Bünde, Konföderationen, Bundesgemeinden usw.). .), Sendet Ihnen diese E-Mail, um Sie darüber zu informieren, dass Sie Gegenstand mehrerer Klagen wegen Steuerhinterziehung sind, [...]“

Die E-Mails stammen von Absendeadressen, die sich als "Generaldirektion für Finanzen" oder "Steuerbehörde" ausgeben. Sie sind sehr kurz gehalten und verweisen auf das angehängte PDF-Dokument.

Das Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz warnt ausdrücklich davor, auf solche oder ähnliche E-Mails zu reagieren. Steuerforderungen oder -erstattungen werden nicht per E-Mail, SMS oder telefonisch mitgeteilt.